

# Gemeinde Torgelow am See

## Beschlussvorlage

10/2025/42

öffentlich

### Vergabe Wegenutzungsvertrag Strom (Konzessionsvertrag)

<i>Organisationseinheit:</i> Bau- und Ordnungsamt <i>Einbringer:</i> Herr Hammer	<i>Datum</i> 30.12.2025
---	----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
-----------------------	---------------------------------	--------------

#### Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung beschließt den anliegenden Wegenutzungsvertrag Strom mit der E.DIS Netz GmbH ab dem 03.09.2027.

#### Sachverhalt

Der Wegenutzungsvertrag Strom zwischen der E.DIS Netz GmbH und der Gemeinde Torgelow am See endet mit Ablauf des 02.09.2027. Im Wegenutzungsvertrag ist unter anderem auch die Konzessionsabgabe geregelt. Konzessionsabgaben sind Abgaben für Lieferungen vom Energieanbieter an die Gemeinde, diese ergeben sich aus § 2 Konzessionsabgabenverordnung (KAV). Eine Neuvergabe der Wegenutzungsverträge zwischen der Gemeinde und einem interessierten Energieversorgungsunternehmen ist notwendig. Gemäß § 46 Absatz 3 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) machen die Gemeinden spätestens zwei Jahre vor Ablauf von Verträgen nach § 46 Absatz 2 EnWG das Vertragsende und einen ausdrücklichen Hinweis auf die nach § 46a EnWG von der Gemeinde in geeigneter Form zu veröffentlichenden Daten sowie den Ort der Veröffentlichung durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger bekannt. Die Bekanntgabe fand ab dem 22.05.2025 für mindestens drei Monate im digitalem Bundesanzeiger statt. Die E.DIS Netz GmbH hat als einziger Anbieter ihr Interesse bekundet und einen neuen Wegenutzungsvertrag Strom für die Gemeinde Vollrathruhe ab dem 02.09.2027 in zweifacher Ausfertigung übergeben.

#### Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja
Im Haushalt vorgesehen?	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, PSK 10/54000.4625
Einnahme in €	<input type="checkbox"/> außerplanmäßiger /	<input type="checkbox"/> überplanmäßiger Aufwand EH
Ca. 8.000,00	<input type="checkbox"/> außerplanmäßige /	<input type="checkbox"/> überplanmäßige Auszahlung FH

#### Anlage/n

Keine

## Wegenutzungsvertrag Strom

Zwischen

**Gemeinde Torgelow am See, Warendorfer Str.4, 17192 Waren (Müritz)**  
im Amt Seenlandschaft Waren, des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte  
- nachstehend „Gemeinde“ genannt -

und

**E.DIS Netz GmbH, Langewahler Straße 60, 15517 Fürstenwalde/Spree**  
- nachstehend „E.DIS“ genannt -

- gemeinsam im Folgenden „Vertragsparteien“ genannt -

wird folgender **Wegenutzungsvertrag** geschlossen:

### Präambel

Das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) hat gemäß § 1 Abs. 1 das Ziel einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten, umweltverträglichen und treibhausgasneutralen leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht. Die Konzessionsabgabenverordnung (KAV) regelt die zulässige Vergütung für die Einräumung von Wegenutzungsrechten. In Umsetzung dieser gesetzlichen Grundlagen schließen die Vertragsparteien diesen Wegenutzungsvertrag.

## Inhalt

1	Versorgungsaufgabe, Pflichten von E.DIS.....	3
2	Wegerecht.....	4
3	Baumaßnahmen, Verlegungskosten, Zusammenarbeit.....	5
4	Konzessionsabgabe.....	7
5	Kommunalrabatt.....	8
6	Endschaftsbestimmungen, Datenübermittlung bei Vertragsende, Entflechtung.....	9
7	Kommunales Energiekonzept, Energieeffizienz.....	9
8	Loyalitätsklausel.....	10
9	Gerichtsstand.....	10
10	Haftung.....	10
11	Laufzeit.....	10
12	Rechtsnachfolge.....	10
13	Sonstige Vereinbarungen.....	11

## 1 Versorgungsaufgabe, Pflichten von E.DIS

- 1.1 E.DIS verpflichtet sich, im auf dem als Anlage 1 beigefügten Plan gekennzeichneten Gebiet (Versorgungsgebiet) jedermann im örtlichen Netzgebiet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen an ihr Stromversorgungsnetz anzuschließen. Leitungen und Anlagen, die ausschließlich der Durchleitung dienen, sind keine Versorgungsanlagen im Sinne dieses Vertrages.
- 1.2 E.DIS errichtet, unterhält und betreibt die Anlagen zur Versorgung mit Strom bis einschließlich der Hausanschlüsse, soweit nicht unabwendbare Ereignisse dies verhindern. Die Anlagen, einschließlich der Hausanschlüsse, sind Eigentum von E.DIS und werden von ihr stets nach dem jeweiligen Stand der Technik auf eigene Kosten in einem ordnungsgemäßen Zustand gehalten. Dabei ist die langfristige zuverlässige und bedarfsgerechte Versorgung zu sichern. E.DIS sichert einen an den Zielen des § 1 EnWG ausgerichteten Betrieb des Versorgungsnetzes zu.
- 1.3 Verschmutzungen an im öffentlichen Raum befindlichen oberirdischen Versorgungsanlagen werden zeitnah beseitigt. E.DIS sichert eine enge Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt zu und wird im Rahmen von Begehungen entsprechend der innerbetrieblichen Werknormung eine Kontrolle der ortsbildrelevanten oberirdischen Versorgungsanlagen realisieren. Schäden, die die technische und/oder öffentliche Sicherheit in Frage stellen, werden unverzüglich beseitigt. Verschmutzungen und Schäden, welche Straftaten darstellen könnten, werden durch E.DIS zur Anzeige gebracht.
- 1.4 Der Anschluss der Kunden an das Netz innerhalb des Gemeindegebietes erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorgaben. Eine Anschluss- und Versorgungspflicht besteht nicht, wenn der Anschluss oder die Versorgung E.DIS gemäß den §§ 17, 18 EnWG nicht zugemutet werden kann.
- 1.5 E.DIS sichert jeweils 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr einen Entstör- und Bereitschaftsdienst zur Störungsannahme zu.
- 1.6 E.DIS hat ein Krisenmanagement- und IT-Sicherheitskonzept und schreibt dieses während der Vertragslaufzeit nach Notwendigkeit fort.
- 1.7 E.DIS wird wirtschaftlich sinnvolle Möglichkeiten nutzen, um den Einsatz neuer Techniken und innovativer Technologien in Hinblick auf Energieeffizienz, Umweltverträglichkeit und Klimaschutz zu verwirklichen.
- 1.8 E.DIS benennt einen festen Ansprechpartner und informiert die Gemeinde unverzüglich über den Wechsel dieses Ansprechpartners.
- 1.9 Auf Wunsch der Gemeinde stellt E.DIS fortlaufend Informationen zum Netzbetrieb in ihrem Onlineportal für die Kommune zur Verfügung.

## 2 Wegerecht

- 2.1 Die Gemeinde stellt E.DIS im Rahmen ihrer privatrechtlichen Befugnis ihre öffentlichen Verkehrswege, d.h. öffentliche Straßen i. S. d. Landesstraßengesetzes in der jeweils gültigen Fassung (z. B. Straßen, Brücken, Wege, Plätze) für die Verlegung und den Betrieb von ober- und unterirdischen Stromverteilungsanlagen und deren Zubehör (Leitungen, Kabel, Verteilerschränke, Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung) einschließlich Umspannstationen, die der unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern mit Strom im Gemeindegebiet dienen, gegen Zahlung einer Konzessionsabgabe zur Verfügung. Soweit die Gemeinde das Recht zur Nutzung der öffentlichen Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen nur im Rahmen ihrer öffentliche-rechtlichen Befugnis erteilen kann, wird sie dieses Recht nach Möglichkeit erteilen. Eventuelle Abgaben hierfür sind durch die gem. Ziffer 4 zu zahlenden Konzessionsabgaben abgegolten, sofern dies rechtlich zulässig ist.
- 2.2 E.DIS ist berechtigt, auch solche Anlagen zu errichten und zu betreiben, die nicht der unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern im Gemeindegebiet dienen (Durchgangsleitungen). Sollte der Vertrag nach Ablauf zwischen den Vertragsparteien nicht erneuert werden, so bleiben die von E.DIS aufgrund dieses Vertrages ausgeübten Nutzungsrechte als nicht ausschließliches Recht für vorgenannte Anlagen während eines Zeitraumes von 20 Jahren – beginnend ab dem Tage, an dem die Versorgung durch E.DIS eingestellt wird – bestehen. Während dieses Zeitraumes werden E.DIS auch für neu zu errichtende Durchgangsleitungen nebst Anlagen die erforderlichen Rechte zur Nutzung der Verkehrsräume eingeräumt. Für die nach Ablauf dieses Vertrages fortgeführte weitere zwanzigjährige Nutzung der öffentlichen Verkehrswege wird E.DIS der Gemeinde für die in diesem Absatz genannten Anlagen ein vertraglich zu vereinbarendes angemessenes Nutzungsentgelt zahlen, soweit dies rechtlich zulässig ist.
- 2.3 Die Gemeinde ist grundsätzlich bereit, E.DIS ein entsprechendes, jedoch nicht ausschließliches Recht zur Nutzung sonstiger gemeindeeigener Grundstücke, die nicht öffentliche Straßen, Wege und Plätze im Sinne des Abschnitts 2.1 sind, einzuräumen. Grundlage ist insoweit ein gesondert abzuschließender Gestattungsvertrag, der die beiderseitigen Interessen ausgewogen berücksichtigt. Eine beabsichtigte Veräußerung/Verwertung der mitbenutzten Grundstücksflächen wird die Gemeinde E.DIS rechtzeitig anzeigen und auf Antrag von E.DIS zugunsten E.DIS eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit bewilligen und im Grundbuch eintragen lassen. Die Kosten der Bestellung der Dienstbarkeit trägt E.DIS und leistet für eine eventuelle Wertminderung des Grundstückes eine einmalige angemessene Entschädigung gemäß den entschädigungsrechtlichen Grundsätzen. Sofern die mitbenutzten Grundstücksflächen nicht mehr für Versorgungsanlagen benötigt werden, erteilt E.DIS auf Anforderung der Gemeinde bzw. des Berechtigten Entlastung.
- 2.4 Die Gemeinde erklärt sich bereit, E.DIS bei der Beschaffung von Grundstücken zur Errichtung von Ortsnetzen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Unterstützung zu gewähren.

### **3 Baumaßnahmen, Verlegungskosten, Zusammenarbeit**

- 3.1 E.DIS und die Gemeinde werden bei der Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenarbeiten und auf ihre gegenseitigen Interessen Rücksicht nehmen.
- 3.2 E.DIS wird die Gemeinde über Baumaßnahmen oder Veränderungen von Versorgungsanlagen in öffentlichen Wegen und sonstigen Grundstücken frühzeitig unterrichten, soweit nicht Störungen zu beseitigen sind. Sofern es sich um langfristig planbare Veränderungen öffentlicher Versorgungsanlagen handelt, wird E.DIS diese Bauvorhaben einmal jährlich gegenüber der Gemeinde anzeigen. Baumaßnahmen von E.DIS und der Gemeinde sollen möglichst koordiniert werden. E.DIS wird bei ihrer örtlichen Ausbauplanung Vorgaben der Gemeinde im Rahmen ihrer Planungshoheit berücksichtigen. Die Ausführung der Bauarbeiten erfolgt unter Beachtung und Einhaltung der behördlichen Vorschriften und Regelungen.
- 3.3 Bei Neubau- oder Erneuerungsmaßnahmen im Mittel- und Niederspannungsbereich hat Erdverkabelung den Vorrang. Abweichungen sind nur in begründeten Ausnahmefällen mit Zustimmung der Gemeinde zulässig.
- 3.4 Die Gemeinde ist berechtigt, kommunale Leitungen oder Leerrohre durch E.DIS mitverlegen zu lassen, wenn dies technisch möglich ist. Die Gemeinde verpflichtet sich, den Mehraufwand zu tragen, welcher E.DIS durch die Mitverlegung entsteht.
- 3.5 E.DIS verpflichtet sich, in Anspruch genommene Flächen der Gemeinde nach Fertigstellung ihrer Anlagen ordnungsgemäß wiederherzurichten. Sollten nach Wiederherstellung der öffentlichen Flächen innerhalb von 5 Jahren Mängel auftreten, die auf die Arbeiten von E.DIS zurückzuführen sind, so ist E.DIS verpflichtet, diese Mängel umgehend zu beheben. Soweit keine Abnahme der Bauarbeiten erfolgte, beginnt die Frist 6 Monate nach dem Abschluss der Arbeiten, ansonsten mit dem Tag der Abnahme. Der Zeitpunkt der Beendigung der Maßnahme ist der Gemeinde anzuzeigen. Sollte darüber eine Meinungsverschiedenheit bestehen, ob der öffentliche Verkehrsweg nach Fertigstellung der Anlagen genügend wiederhergestellt ist, und können sich beide Vertragsparteien nicht auf die Hinzuziehung eines Sachverständigen einigen, so steht den Vertragsparteien der ordentliche Rechtsweg offen.
- 3.6 E.DIS vergütet der Gemeinde die notwendigen Zusatzkosten, insbesondere zusätzliche Baukosten, die der Gemeinde bei Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen an öffentlichen Verkehrswegen durch die notwendige Rücksichtnahme auf Versorgungsanlagen entstehen, die in oder über diesen Verkehrswegen verlegt sind.
- 3.7 Erbringt die Gemeinde auf Verlangen oder im Einvernehmen mit E.DIS Leistungen zum Vorteil von E.DIS, erstattet E.DIS der Gemeinde auf Verlangen die Kosten.

- 3.8 E.DIS führt über die im Versorgungsgebiet verlegten Versorgungsanlagen ein digitales Planwerk nach üblichem Standard und hält es auf aktuellem Stand. Auf Anfrage der Gemeinde wird E.DIS der Gemeinde Dokumentationsunterlagen zum Leitungsbestand nach der Baumaßnahme zur Verfügung stellen oder auf Wunsch der Gemeinde einen Onlinezugang einrichten.
- 3.9 Die Gemeinde kann eine Änderung der Versorgungsanlagen verlangen, sofern dies im öffentlichen Interesse der Gemeinde notwendig ist. Die Gemeinde wird E.DIS vor allen Maßnahmen, die eine Änderung von Versorgungsanlagen notwendig machen, unterrichten und ihr dadurch Gelegenheit zur Stellungnahme geben, damit die Änderungen zum beiderseitigen Vorteil auf das durch das öffentliche Interesse gebotene Maß beschränkt werden und der angestrebte Zweck mit den für beide Seiten geringsten Aufwendungen erreicht wird. Die Stellungnahme von E.DIS hat bis zum Ablauf eines Monats nach Unterrichtung gegenüber der Gemeinde zu erfolgen.
- 3.10 Wird eine Umverlegung oder Änderung von Versorgungsanlagen von E.DIS erforderlich, so gilt Folgendes:
- Erfolgt die Umverlegung oder Änderung auf Veranlassung von E.DIS, so trägt E.DIS die entstehenden Kosten.
  - Veranlasst die Gemeinde die Umverlegung oder Änderung, trägt - sofern die Gemeinde nicht Kostenerstattung von einem Dritten verlangen kann - E.DIS ebenfalls die gesamten Kosten. Die Gemeinde trägt die Verlegungskosten, wenn sie vor Beginn der Baumaßnahmen dem Netzbetreiber keine Gelegenheit zur Stellungnahme gemäß Ziffer 3.9 gegeben oder ihm keine Begründung im Falle der Nichtberücksichtigung ihrer Stellungnahme mitgeteilt hat.
  - Sofern eine Kostenerstattung durch Dritte in Betracht kommt, wird E.DIS der Gemeinde die entstandenen Kosten nachweisen. Der Dritte trägt die Kosten, wenn er die Umverlegung oder Änderung veranlasst hat.
- 3.11 Die Umverlegung von Mittelspannungsleitungen soll grundsätzlich vermieden werden. Die Gemeinde wird sie nur fordern, wenn sie aus Gründen des öffentlichen Wohls unerlässlich ist und die Maßnahme auf andere Weise nicht oder nur mit erheblichen Mehrkosten durchgeführt werden kann. Hinsichtlich der Kostentragung bleibt es bei der Regelung der Ziffer 3.10.
- 3.12 Wird die Umverlegung oder Sicherung durch Maßnahmen erforderlich, welche die Gemeinde auf Verlangen oder im Interesse eines Dritten durchführt, wird sie die E.DIS entstehenden Kosten - soweit rechtlich möglich - auf den Dritten abwälzen.
- 3.13 Die Gemeinde wird bei ihren Planungen auf vorhandene Anlagen von E.DIS Rücksicht nehmen und E.DIS über alle Maßnahmen, die eine Änderung der Versorgungsanlagen notwendig machen, verständigen. Diese Rücksichtnahme bezieht sich auch auf die Höhe der entstehenden Kosten, d.h. lässt sich eine /ung, Entfernung oder Änderung nicht vermeiden, so ist eine Lösung zu wählen, durch die unzumutbare Aufwendungen

für E.DIS vermieden werden. Das Planungsrecht der Gemeinde aufgrund des Baugesetzbuches wird hierdurch nicht berührt.

- 3.14 Die Gemeinde wird bei Anfragen Dritter zu geplanten Aufgrabungen darauf hinweisen, dass dort Versorgungsanlagen von E.DIS vorhanden sein können, deren genaue Lage bei E.DIS zu erfragen ist.
- 3.15 E.DIS verpflichtet sich in begründeten Fällen, nach Aufforderung durch die Gemeinde, auf eigene Kosten zum Rückbau dauerhaft nicht mehr benötigter Versorgungsanlagen. Dabei gilt, dass oberirdische Versorgungsanlagen zeitnah und unterirdische Versorgungsanlagen im Zusammenhang mit anderen trassengleichen Baumaßnahmen zurückzubauen sind.
- 3.16 E.DIS verpflichtet sich,
- alle Baumaßnahmen nach dem DIN-VDE-Standard und dem aktuellen anerkannten Stand der Technik einschließlich berufsgenossenschaftlicher Regeln auszuführen.
  - das Personal aller Partnerfirmen, das bei Baumaßnahmen zum Einsatz kommt, durch regelmäßige Lehrgänge auf dem aktuellen technischen Standard zu halten.
  - ein Arbeitssicherheits- und Gesundheitsmanagementsystem zertifizieren zu lassen. Derzeit erfolgt dies auf Grundlage der DIN EN ISO 45001.
  - ein Umweltmanagementsystem zertifizieren zu lassen. Derzeit erfolgt dies auf Grundlage der DIN EN ISO 14001.
  - alle gebundenen Partnerfirmen, die bei Baumaßnahmen zum Einsatz kommen, neben deren eigenem Arbeits-, Gesundheits- und Umweltsicherheitsmanagement (AGU) in das Arbeits-, Gesundheits- und Umweltsicherheitsmanagement von E.DIS einzubeziehen.
  - die Zertifizierung im Energiemanagement weiterzuführen. Derzeit erfolgt dies nach DIN EN ISO 50001.

#### **4 Konzessionsabgabe**

- 4.1 E.DIS zahlt an die Gemeinde während der Laufzeit des Vertrages für Lieferungen im Gemeindegebiet im Rahmen der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen die jeweils höchstzulässige Konzessionsabgabe, sofern die Gemeinde mit E.DIS schriftlich nicht etwas anderes vereinbart. Außer Ansatz bleiben Stromlieferungen für den Eigenbedarf von E.DIS, der Gemeinde und der Eigenbetriebe der Gemeinde. Das gilt auch für den Eigenbedarf von Eigengesellschaften der Gemeinde, sofern diese nicht im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wettbewerb stehen.
- 4.2 E.DIS entrichtet an die Gemeinde im Rahmen der jeweiligen gesetzlichen

Bestimmungen zzgl. zur Konzessionsabgabe die Umsatzsteuer, sofern dies rechtlich zulässig ist. Sollte die Finanzverwaltung im Zusammenhang mit der Einräumung von Wegenutzungsrechten von einer steuerbefreiten Grundstücksüberlassung ausgehen, verzichtet die Gemeinde gemäß § 9 Umsatzsteuergesetz (UStG) auf eine Umsatzsteuerbefreiung. Sofern die Gemeinde die Konzessionsabgabe nicht oder nicht mehr der Umsatzsteuer unterwirft, ist E.DIS umgehend darüber zu informieren. Die Abrechnung durch E.DIS erfolgt im Gutschriftenverfahren gemäß den Vorgaben des § 14 UStG. Die Gemeinde stellt E.DIS die für die Gutschrifterstellung erforderlichen Unterlagen zur Verfügung.

- 4.3 Maßgebliche Einwohnerzahl für die Bemessung der Konzessionsabgabe ist die durch das zuständige statistische Landesamt fortgeschriebene und veröffentlichte Einwohnerzahl (§ 2 Abs. 2 KAV). Ändert sich die Größenklasse der Gemeinde, ist diese Änderung ab dem 1. Januar des auf die Veröffentlichung folgenden Jahres anzuwenden.
- 4.4 Sofern ein Weiterverteiler über öffentliche Verkehrswege mit Strom beliefert wird, der diese Energie ohne Benutzung öffentlicher Verkehrswege an Letztverbraucher weiterleitet, so wird E.DIS für dessen Belieferung Konzessionsabgaben bis zu der Höhe vereinbaren, erheben und entrichten, in der dies auch ohne seine Einschaltung zulässig wäre.
- 4.5 E.DIS rechnet gegenüber der Gemeinde die Konzessionsabgaben für jedes Abrechnungsjahr ab. Bis zum 31. Mai des Folgejahres erfolgt eine vorläufige Jahresabrechnung durch die Gesellschaft. Die endgültige Schlussabrechnung auf Basis von Ist-Daten erfolgt in den ersten 5 Monaten des zweiten auf das Abrechnungsjahr folgenden Jahres. Die Richtigkeit des Abrechnungsverfahrens wird die bei E.DIS prüfende Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf Verlangen der Gemeinde in Form eines Einzeltestates nachweisen. Die Gemeinde kann die Richtigkeit der Abrechnung auf eigene Rechnung von einem Wirtschaftsprüfer überprüfen lassen. Bei wesentlichen Abweichungen trägt E.DIS die Kosten der Überprüfung.
- 4.6 Auf die Konzessionsabgabe erfolgen vierteljährliche Abschlagszahlungen in Höhe von 1/5 der Konzessionsabgabe des Vorjahres. Die Zahlungen erfolgen jeweils zum 15. des auf das jeweilige Quartal folgenden Monats, also zum 15. April, 15. Juli, 15. Oktober, 15. Januar.

## **5 Kommunalrabatt**

E.DIS gewährt der Gemeinde, ihren Eigenbetrieben und Eigengesellschaften einen Preisnachlass für den in Niederspannung abgerechneten Eigenverbrauch gemäß § 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 KAV in der jeweils geltenden Fassung oder einer Nachfolgeregelung. Dieser Rabatt beträgt derzeit 10% des Rechnungsbetrages für den Netzzugang. Die Gemeinde teilt E.DIS die in Frage kommenden Anlagen mit. Für Wirtschaftsunternehmen der Gemeinde, die im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wettbewerb stehen, kommt dieser Preisnachlass nicht in Betracht.

## **6 Endchaftsbestimmungen, Datenübermittlung bei Vertragsende, Entflechtung**

- 6.1 E.DIS ist verpflichtet, 3 Jahre vor Ablauf des Vertrages (§ 46a i. V. m. § 46 Abs. 3 EnWG) nach Aufforderung der Gemeinde alle erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen, um das Neuvergabeverfahren des Wegenutzungsrechtes einleiten zu können.
- 6.2 Soweit die Gemeinde oder der von ihr benannte neue Vertragspartner dies wünscht, ist auch eine technische Einweisung zur Vorbereitung der Übergabe gegen eine angemessene Vergütung durchzuführen.
- 6.3 Als Kaufpreis für die Übernahme wird eine wirtschaftlich angemessene Vergütung gemäß der Regelung des § 46 Abs. 2 EnWG oder einer Nachfolgeregelung vereinbart.
- 6.4 Sollten Maßnahmen der Netzentflechtung (Netztrennung und Wiederherstellung der Versorgungssicherheit in dem bei E.DIS verbleibenden Netz) und -einbindung (Maßnahmen zur Wiederherstellung der Versorgungssicherheit im abzugebenden Netz und zur Anbindung an das vorgelagerte Netz) erforderlich sein, so erfolgen diese möglichst bis zum Inkrafttreten des neuen Wegenutzungsvertrages.
- 6.5 Die Kosten der Entflechtung trägt E.DIS, die Kosten der Einbindung die Gemeinde bzw. der Dritte, an den die Gemeinde die Rechte übertragen hat.
- 6.6 Bei Netztrennungsmaßnahmen sind Einspeisungen Dritter gem. EEG und KWKG angemessen zu berücksichtigen.

## **7 Kommunales Energiekonzept, Energieeffizienz**

- 7.1 Die Gemeinde und E.DIS vereinbaren, für das Versorgungsgebiet gemeinsam Wärmewendeszzenarien zu entwickeln. Die Vertragsparteien werden hierbei Bestands- und Potenzialanalysen durchführen. Im Rahmen von Zielszenarien werden konkrete Handlungsfelder benannt. Die Vertragsparteien benennen hierfür jeweils einen Ansprechpartner als Verantwortlichen.
- 7.2 E.DIS wird die Gemeinde bei der Erstellung von kommunalen Energiekonzepten sowie von Konzepten zur Energieeffizienz z. B. in den Bereichen Infrastruktur für Elektromobilität, Straßenbeleuchtung u.a. unterstützen, soweit dies rechtlich zulässig ist.
- 7.3 Sofern E.DIS zu diesem Zwecke allgemein Mittel zur Verfügung stehen, berät E.DIS die Netznutzer im Vertragsgebiet über die Möglichkeiten der Einsparung und des effizienten Energieverbrauchs.

- 7.4 Soweit aus den vorstehenden Absätzen Leistungspflichten von E.DIS gegenüber der Gemeinde begründet werden, die nach § 3 Abs. 2 KAV nicht zulässig sind, verpflichtet sich die Gemeinde, hierfür eine marktübliche Vergütung zu zahlen. Die Leistung darf erst erbracht werden, wenn die Vergütung einvernehmlich festgelegt worden ist.

## **8 Loyalitätsklausel**

- 8.1 Die Gemeinde und E.DIS werden bei der Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken, gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen und sich nach Kräften unterstützen.
- 8.2 Soweit sich die bei Vertragsschluss geltenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Wegenutzungsverträge wesentlich ändern, werden die Vertragsparteien über Vertragsanpassungen mit dem Ziel verhandeln, ein ausgewogenes Verhältnis von Leistung und Gegenleistung herbeizuführen.

## **9 Gerichtsstand**

- 9.1 Streitigkeiten zwischen den Vertragsschließenden aus diesem Vertrag werden von den ordentlichen Gerichten entschieden, sofern die Vertragsparteien sich nicht im Einzelfall auf die Entscheidung durch ein Schiedsgericht einigen.
- 9.2 Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist das für den Sitz der Gemeinde zuständige Gericht.

## **10 Haftung**

E.DIS haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden, die der Gemeinde oder Dritten durch Bau und Betrieb der Versorgungsanlagen entstehen und stellt die Gemeinde von Schadensersatzansprüchen aus solchen Gründen frei.

## **11 Laufzeit**

Der Vertrag tritt am 03.09.2027 in Kraft und wird auf die Dauer von 20 Jahren abgeschlossen.

## **12 Rechtsnachfolge**

E.DIS ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Dritten zu übertragen. Hierzu bedarf es der Zustimmung der Gemeinde. Diese darf nur versagt werden, wenn gegen die wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit des Rechtsnachfolgers begründete Bedenken bestehen. Bei der Übertragung der Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag an verbundene Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG ist die Gemeinde lediglich schriftlich zu informieren, eine Zustimmung der Gemeinde ist nicht erforderlich. Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

### 13 Sonstige Vereinbarungen

- 13.1 Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung des Schriftformerfordernisses.
- 13.2 Vereinbaren E.DIS und der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern einen Muster-Wegenutzungsvertrag, kann die Gemeinde innerhalb einer Frist von 3 Monaten verlangen, dass Regelungen des Mustervertrages, die für die Gemeinde günstiger sind als die des bestehenden Vertrages, in ihren Vertrag aufgenommen werden.
- 13.3 Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ungültig sein oder werden, so sind sich die Vertragsparteien darüber einig, dass die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen hierdurch nicht berührt wird. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die ungültige Bestimmung durch eine im wirtschaftlichen Erfolg ihr nach Möglichkeit gleichkommende Bestimmung zu ersetzen.

#### Anlagen:

##### Anlage 1: Versorgungs-/Vertragsgebiet

Ort, Datum

Ort, Datum

Unterschrift Bürgermeister Gemeinde Torgelow am See

Unterschrift E.DIS Netz GmbH

Unterschrift Stellv. des Bürgermeisters  
Gemeinde Torgelow am See

Unterschrift E.DIS Netz GmbH

(Dienstsiegel)